



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Informationsvorlage

Nr. 4-1297/12-LR

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Ausschuss für Wirtschaft
Kreistag

22.08.2012
10.09.2012

Einreicher: Landrat

Betr.: Machbarkeitsstudie Kreisenergiewerke
- Gründung und Ausgestaltung von Kreisenergiewerken in den Landkreisen
Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming

Luckenwalde, den 21.08.2012

Giesecke

Sachverhalt:

Auf Grundlage des Kreistagbeschlusses vom 14.02.2011 wurde der Landrat gebeten, die Möglichkeiten der Gründung von regionalen Energiewerken zu prüfen. Hierzu wurde gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald und der Rest GmbH, die bereits über Erfahrungen auf dem Gebiet der alternativen Energiegewinnung verfügt, eine Machbarkeitsstudie zur Gründung und Ausgestaltung von Kreisenergiewerke in Auftrag gegeben, deren Ergebnis in der Abschlusspräsentation am 02.05.2012 durch die beauftragte Firma Nymoen Strategieberatung GmbH & Co. KG vorgestellt wurde.

An der Präsentation nahmen Abgeordnete beider Landkreise, Vertreter der Verwaltungen sowie Mitarbeiter der Rest GmbH teil. Die Fraktionsvorsitzenden waren dazu aufgefordert, Mitglieder ihrer Fraktionen zur Veranstaltung zu entsenden. Die Machbarkeitsstudie ist auf dieser Veranstaltung ausgiebig diskutiert worden. Dabei wurde u.a. folgendes deutlich:

Die Analyse der Wertschöpfungskette entlang der Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Netze und Vertrieb führt zu unterschiedlichen Ergebnissen:

Erzeugung: Ein Engagement in fossil befeuerten Großkraftwerken ist auf Grund der aktuellen Marktsituation nicht sinnvoll. Die Erzeugung im Rahmen des EEG und des KWKG kann mit vertretbaren Risiken von den neu zu gründenden Kreisenergiewerken besetzt werden. Investitionen in Windenergie-, Photovoltaik- sowie KWK-Anlagen bieten sich als mögliche Betätigungsfelder an.

Netze: Ein Engagement im Bereich der Netze im Rahmen einer Rekommunalisierung ist eine generell interessante Option für die zu gründenden Kreisenergiewerke. Unter dem Regime der Anreizregulierung können, solange ein optimaler Netzbetrieb realisiert werden kann und kein zu hoher Kaufpreis gezahlt wird, solide Renditen erwirtschaftet werden. Allerdings liegt die Konzessionsvergabe im Verantwortungsbereich der Gemeinden.

Vertrieb: Im Vertrieb werden nur minimale Margen pro Kunde erwirtschaftet, bei gleichzeitig hohem Aufwand im Bereich der Akquise. Trotz relativ geringer Markteintrittsbarrieren können eine Vielzahl an wirtschaftlichen Risiken identifiziert werden. Ein Engagement der Kreisenergiewerke wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht empfohlen.

Handel: Ohne Absatzpotenzial durch einen eigenen Vertrieb macht auch ein Engagement im Energiehandel für die zu gründenden Kreisenergiewerke keinen Sinn, zudem sind die Teilnahmevoraussetzungen am Energiehandel sehr hoch und wirken behindernd.

Als Fazit wäre festzustellen: Erneuerbare Energien und KWK-Anlagen bieten die besten Möglichkeiten für einen Einstieg der zu gründenden Kreisenergiewerke in die Energiewirtschaft. Daneben stärkt eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in regionale Projekte die Akzeptanz und führt zu einer nachhaltigen Identifikation mit den Projekten. Die Rekommunalisierung der Netze kann eine interessante Option darstellen. Das Netzgeschäft kann generell eine interessante Option für ein energiewirtschaftliches Engagement in den Landkreisen sein – in dem speziellen Fall der Kreisenergiewerke sind jedoch einige Hürden zu überwinden. Eine Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen und seinen Gemeinden wäre dazu unumgänglich.

Ein möglicher Aufbau von Kreisenergiewerken sollte sukzessive erfolgen und die Nachhaltigkeit des Engagements im Vordergrund stehen.

Vom Wirtschaftsausschuss ausgehend sollte hierzu eine Diskussion stattfinden, ob der

Landkreis Teltow-Fläming gemeinsam mit anderen Kommunen am Ziel der Bildung von Kreisenergiewerken festhalten wird.

Damit stellt die Machbarkeitsstudie eine Grundlage dar, um in Zukunft weitere Intensionen des Landkreises zu diskutieren und eröffnet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Kommunen.